

Die neutrale Plattform für politische Infos

NEUTRAL, SCHNELL & EINFACH

Über Abstimmungen
& Wahlen informiert!

Abstimmung am:

18.05.2014





Durch die Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze von 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat wird ein Mindestlohn festgelegt, der für alle Branchen verbindlich ist. Gesamtarbeitsverträge, mit Mindestlohn über dem gesetzlichen Mindestlohn, sind von der Initiative nicht betroffen. Direkt betroffen von der Initiative sind 330 000 Arbeitsnehmende oder 9 Prozent aller Erwerbstätigen, viele davon sind im Detailhandel oder Gastgewerbe tätig.

Alle Arbeitnehmenden sollen mindestens so viel verdienen, dass ihr Lohn existenzsichernd ist und sie davon anständig leben können.

Volksinitiative „Ja zu einem gesetzlichen Mindestlohn“



CH

- **Es** ist unfair, dass Personen Vollzeit arbeiten und trotzdem zu wenig verdienen, um die eigene Existenz sichern und anständig leben zu können. Mit einem Mindestlohn könnten viele von ihnen auf Sozialhilfe verzichten, was die Sozialwerke entlastet.
- **Ein** gesetzlicher Mindestlohn ist ein wirksames Instrument dagegen, dass Löhne durch günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland unter das ortsübliche Niveau gedrückt werden.
- **Ein** Mindestlohn steigert die Kaufkraft und somit auch den Konsum.

Dafür

- **Die** Initiative schadet gerade denjenigen, denen sie nützen soll. Ein Mindestlohn lässt die Lohnkosten steigen, dies bedroht Arbeitsplätze. Ein tieferer Lohn ist der Arbeitslosigkeit vorzuziehen.
- **Steigende** Lohnkosten führen auch zu höheren Preisen. Die Initiative schadet der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen und insbesondere der Exportindustrie.
- **Das** bisherige System der Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite funktioniert sehr gut.

Dagegen



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Die medizinische Grundversorgung wird in der Verfassung verankert. Bund und Kantone sollen sie fördern. Die Gesundheitsberufe und die Hausärzte werden so gestärkt. Zudem gibt es verschiedene Massnahmen: Die Hausärzte sollen besser ausgebildet werden und in ihrem Beruf unterstützt werden.



Die medizinische Grundversorgung soll für alle zugänglich und von guter Qualität sein.

„Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung“

↓
Weitere Infos auf www.vimentis.ch

- Die Vorlage berücksichtigt Anliegen der Fachkräfte und der Bevölkerung im Gesundheitsbereich und verankert die medizinische Grundversorgung in der Verfassung.
- Die Aufgaben des Bundes bei der Aus- und Weiterbildung und in der Berufsausübung werden vervollständigt.
- Die medizinische Leistung wird besser. Denn die Vorlage stärkt die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Berufszweigen.
- Die Verfassung bevorzugt un gerechtfertigterweise einen einzelnen Berufszweig.
- Die Vorlage ist ein Schritt zur staatlich organisierten Medizin. Denn sie erteilt dem Staat den Auftrag, für eine adäquate Versorgung durch Hausärzte zu sorgen. Dies ist nicht seine Aufgabe.
- Versorgungsmodelle sollen nicht in der Verfassung festgelegt werden. Weil die Bedürfnisse schnell ändern können, ist dies unangebracht.



CH

Dafür

Dagegen



Bisher kann nur ein Berufsverbot ausgesprochen werden, wenn ein Kindesmissbrauch während der Arbeit geschehen ist. Bei der Annahme der Initiative dürfen verurteilte Pädophile nie mehr Berufe oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit Kindern ausüben, auch wenn der Missbrauch nicht während der Arbeit stattgefunden hat. Falls die Initiative abgelehnt wird, treten gesetzliche Änderungen in Kraft. Diese sehen bei schweren Sexualdelikten mit Minderjährigen ein zehnjähriges Berufsverbot vor.

Verurteilte Pädophile sollen lebenslang nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen, weder beruflich noch ehrenamtlich.

Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mit Kindern arbeiten dürfen“



CH

- Die Initiative verhindert weitere Kindesmissbräuche.
- **Verurteilten** Pädophilen kann neu auch verboten werden, ehrenamtliche Tätigkeiten mit Kindern auszuüben.
- **Berufsverbote** und Verbote von ehrenamtlichen Tätigkeiten können auch verhängt werden, wenn der Missbrauch nicht im beruflichen Umfeld des Täters passiert ist.
- **Ein** lebenslanges Verbot einer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit ist ein starker Eingriff in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit einer Person.
- **Das** Berufsverbot stellt ein ernsthaftes Hindernis für die Resozialisierung der Täter dar.
- **Wegen** den strikten Regelungen ist die Initiative nicht verhältnismässig.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Bei einem Ja wird ein Spezialfonds für den Kauf des Kampfflugzeuges Gripen E eingeführt. In diese Kasse werden dann in den nächsten 10 Jahren jährlich 300 Millionen Franken eingezahlt. Damit sollen zwischen 2018 und 2021 22 Gripen E, das nötige Zubehör und die dazugehörige Infrastruktur bezahlt werden.



Sollen 22 neue Kampfjets des Typs Gripen E für die Schweizer Luftwaffe gekauft werden oder nicht?

Referendum zum „Gripen-Fonds-Gesetz“



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

- **Die** Flugüberwachung ist eine der Kernaufgaben des Militärs. Diese kann nur durch den Kauf moderner Kampfjets erfüllt werden.
- **Der** Gripen E ist die perfekte Lösung für das Schweizer Militär, da er preiswert ist aber trotzdem alle Anforderungen erfüllt.
- **Der** Hersteller der Gripen E verpflichtet sich Gegengeschäfte im Wert von 2.5 Milliarden Franken mit Schweizer Unternehmen abzuschliessen. Das hilft der Schweizer Wirtschaft indem es Arbeitsplätze schafft und Geld zurück in die Schweiz fliesst.
- **Auch** ohne den Kauf des Gripen E kann der Luftraum der Schweiz durch die bereits vorhandenen Flugzeuge F/A-18 genügend gut abgesichert werden.
- **Der** Gripen E existiert erst als Prototyp. Es besteht somit keine Garantie, dass ab 2018 wirklich einsatzfähige, gute Flugzeuge geliefert werden können.
- **Der** tatsächliche Preis für den Gripen E ist viel höher. Anschaffung und Unterhalt zusammen belaufen sich auf ca. 10 Milliarden Franken. Dieses Geld soll lieber anders investiert werden.



CH

Dafür

Dagegen



Letzen September beschloss das Volk, dass die BLPK von Kanton und Gemeinden saniert wird. Diese Initiative sieht nun vor, dass der Kanton die Gemeinden dabei auf drei Arten unterstützt: Erstens verschafft er den Gemeinden günstige Kredite. Zweitens verpflichtet er sich für Gemeinden aufzukommen, die nicht mehr zahlen können. Dies kostet den Kanton CHF 118 Mio. Drittens beteiligt er sich an der Pensionskassen-Finanzierung für Gemeinde-Lehrkräfte in der Höhe von CHF 276.1 Mio.

Die Gemeinden sollen bei der Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskassen (BLPK) vom Kanton finanziell unterstützt werden.

Änderung Pensionskassengesetz



BL

- **Egal** ob Kanton oder Gemeinden bezahlen, das Geld kommt in beiden Fällen von den Steuergeldern.
- **Die** kantonale Unterstützung ist eine Solidarität zwischen den Gemeinden. Denn einige finanzschwächere Gemeinden trifft die finanzielle Sanierung der BLPK besonders hart.
- **Die** Unterstützung für die Ausfinanzierung der Lehrkräfte ist fair, denn sie sind den Weisungen des Kantons unterstellt.
- **Die** jetzige Vorlage existierte bereits im September 2013. Die Gemeinden sagten damals, dass sie Unterstützung brauchen.

Dafür

- **Wenn** der Kanton bezahlt, werden die Gemeinden belohnt, welche bisher keine Rückstellungen getätigt haben und jene bestraft, die bereits Geld zur Seite gelegt haben.
- **Es** werden zu viele Kosten auf den Kanton überwält. Dieser müsste darum die Steuern erhöhen.
- **Die** Unterstützung für Lehrkräfte geht zu weit, denn Gemeinden sind für die Pensionskassenbeiträge ihrer Angestellten verantwortlich.
- **Bereits** in der Abstimmung vom September 2013 wurde abgestimmt, wie viel die Gemeinden bezahlen. Es sollte nicht nochmals abgestimmt werden.

Dagegen



Weitere Infos auf www.vimentis.ch



Mit der Gewerbeparkkarte können Gewerbetreibende ihre Fahrzeuge während der Arbeit zeitlich unlimitiert in der Nähe ihrer Bau-, Montage- und Servicestellen abstellen. Die Karte kostet pro Jahr und Fahrzeug im Kanton Basel-Landschaft 100 Franken und in Basel-Stadt 200 Franken. Eine für beide Kantone gültige Parkkarte kostet 250 Franken. Das Inkrafttreten der Änderung muss mit Basel-Stadt koordiniert werden. Deswegen wird der Regierungsrat den Zeitpunkt noch bestimmen.

Die Einführung der Gewerbeparkkarte soll das Parkieren für Gewerbetreibende erleichtern.

„Einführung einer Gewerbeparkkarte“



BL

- **Mit** der Parkkarte erspart man Gewerbetreibenden sehr hohe Parkgebühren, die sonst entstanden wären.
- **Die** Gewerbeparkkarte ist eine unbürokratische und praxisnahe Lösung um das Parkieren für Gewerbetreibende zu regeln.
- **Es** ist fraglich ob auch tatsächlich genügend Parkplätze in Basel-Stadt zur Verfügung stehen.
- **Aufgrund** der Verkehrspolitik in Basel-Stadt sollte die Parkerlaubnis mit einer Fahrerlaubnis für die Innenstadt ergänzt werden.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Über Vimentis

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 40 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

Wen wähle ich in den Nationalrat?

Vimentis – Einfach Wählen findet in wenigen Minuten die Kandidierenden, welche Ihrer politischen Meinung am nächsten sind.

Wie stimme ich ab?

Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.

Weitere Infos auf
vimentis.ch

